

# Bundeswehr als UNO-Friedensstifter ?

Die Aufteilung des ehemaligen Jugoslawien ist in vollem Gange, wobei je nach Kampfgebiet kroatische, bosnische und serbische Verbände wechselnd mit- und gegeneinander operieren. Die aus dem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien entstandenen kapitalistischen Staaten führen diesen Krieg zur Erweiterung ihrer schwachen ökonomischen Grundlagen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Arbeiter und Bauern nationalistisch aufgepeitscht, die vorher trotz verschiedener nationaler Herkunft jahrzehntelang friedlich zusammengelebt haben - die imperialistischen Mächte legten das Feuer.

## Der deutsche Imperialismus geht in die Offensive...

"Slowenien und Kroatien, die beiden 'abtrünnigen' Republiken, gehörten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zur österreichisch-ungarischen Monarchie, also zur 'germanischen' Einflusssphäre in Europa ... Es kann als sicher gelten, daß Slowenien und Kroatien - nach errungener Selbständigkeit - politisch, wirtschaftlich und kulturell den Anschluß an das demokratische und wirtschaftlich prosperierende Europa auf dem Weg über Österreich (in absehbarer Zeit ein weiteres 'germanisches' Mitglied der EG, wie kompliziert auch sein Verhältnis zum großen deutschen Nachbarn sein mag) und über Deutschland suchen werden" (FAZ, 15.08.91).

Die deutsche Regierung war es dann auch, die seit dem Sommer 1991 auf eine staatliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens hinarbeitete und die EG-"Partner" schließlich am 17. Dezember zum Nachgeben zwang. Die spätere diplomatische Anerkennung Bosnien-Herzegowinas am 6. April 1992, kombiniert mit dem EG-Plan zur Aufteilung des bosnischen Gebietes in drei unabhängige Kantone, mußte angesichts der Tatsache, daß in Bosnien 39,2% Muslime, 32% Serben und 18,4% Kroaten leben, die über das ganze Land verteilt sind, zu weiteren nationalistischen Massakern und Massenvertreibungen führen. Das Pressegejammer über die sogenannten "ethnischen Säuberungen" ist reine Makulatur des völkermörderischen Kalküls der Imperialisten (und hier besonders seitens der Anheizer im deutschen Außenministerium). Die Berliner Zeitung brachte es auf den Punkt, als sie unter dem Titel "Schmerzlose Lösungen gibt es nicht - Das Dilemma der bosnischen Tragödie liegt im Fehlen geschlossener Siedlungsgebiete" schrieb:

"Eine radikale, freilich ziemlich zynische Lösung wäre, die Gelüste Serbiens und Kroatiens zu akzeptieren, Bosnien-Herzegowina mit handfesten Schutzmaßnahmen für die Muslime aufzuteilen" (Berl. Ztg., 04.08.92).

Und auch in der Financial Times wurde darüber räsoniert, "... daß die ethnischen Säuberungen selbst eine sinnvolle, vielleicht sogar absolut notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche 'friedenserhaltende' Operation" sind, mit dem Ziel "einer klaren Demarkationslinie zwischen zwei Seiten" (Financial Times, 27.05.92).

Diese Linienziehung zu fördern ist Aufgabe der imperialistischen UNO-Truppenpräsenz - der Europäische Rat nennt das die "humanitären Ziele ... erreichen" (FAZ, 29.06.92). Derartige "humanitäre Ziele"

des Imperialismus haben zuletzt im Golfkrieg Hunderttausenden im Irak das Leben gekostet. Doch im Unterschied zu damals beabsichtigt die tonangebende EG-Macht BRD nicht, als "Hilfstruppen der Amerikaner" (FAZ, 15.08.91) zu agieren. Für den zunehmend selbstbewußter und aggressiver auftretenden deutschen Imperialismus ist der neue Balkankrieg zum militärischen Schlüsselerlebnis geworden.

Als die militärische Überwachung der Blockade beschlossen wurde, stellte Bonn sofort Kriegsschiffe und Aufklärungsflugzeuge bereit. Außenminister Kinkel machte Deutschlands Absichten bei der Intervention auf dem Balkan gleich zu Anfang klar: Er will "die Serben in die Knie zwingen" (Spiegel 35/1992).

## ... nicht nur auf dem Balkan

Der erste deutsche UNO-Einsatz, die Entsendung von Soldaten nach Kambodscha, wurde damals in der BRD-Presse gefeiert. Neu daran war nicht, daß die BRD sich an internationalen Militäraktionen beteiligte - man erinnere sich nur z.B. an ihre Schützenhilfe für den Militärputsch in der Türkei 1980. Neu war vielmehr, daß er außerhalb des Nato-Gebietes ("out of area") stattfand. In einem Strategiepapier begründete die Bundeswehrführung den "out of area"-Einsatz:

"Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität" sowie die 'Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" (taz, 07.02.92).

Auf der 33. Kommandeurtagung der Bundeswehr beendete Bundeskanzler Kohl dann die bis dato geübte offizielle militärische "Bescheidenheit" der BRD:

"Deutschland kann und darf sich nicht auf Dauer der Pflicht entziehen, auch an Operationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit teilzunehmen" (FAZ, 13.05.92).

Unter deutscher Führung werden in der EG bereits künftige "präventive Stationierungen" (taz, 24.09.92) von WEU-Truppen in Krisengebieten erwogen, was in den USA (schon vor dem sich abzeichnenden EG-USA-Handelskrieg) berechtigte Besorgnis über eine mögliche Konkurrenz zur NATO auslöste. Ruhe hielt der USA-Kritik diplomatisch clever das Bonner Konzept entgegen:

"... einen flexiblen Verbund aller Möglichkeiten, die UN, KSZE, Nato, und WEU ... Keine dieser Institutionen kann und soll die andere ersetzen; aber sie sollen sich ergänzen und so ihre Kräfte synergetisch entfalten" (FAZ, 30.09.92).

Im Schatten der internationalen imperialistischen Differenzen nutzt die Weltmacht BRD geschickt alle Institutionen, um ihre Position auszubauen: Mit BRD-Ex-Verteidigungsminister Wörner hat Deutschland im NATO-Generalsekretariat gewichtig mitzureden; das aus 35 000 Mann bestehende deutsch-französische "Eurokorps" bildet das Kernstück der 50 000 köpfigen WEU-Armee und sichert Bonn einen USA-unabhängigen Atomwaffenzugang. Und was den noch fehlenden deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat betrifft, stellte Kinkel nüchtern fest:

"Die derzeitige Zusammensetzung des Sicherheitsrates gibt zweifellos nicht mehr die Weltsituation wieder" (Tsp, 24.08.92).

Das deutsche Kapital mischt nach zwei verlorenen Weltkriegen wieder kräftig mit bei der Gestaltung der "neuen Weltordnung". Und gibt es Opposition?

### SPD: Ja zur Bundeswehr "out of area"

Die GRÜNEN, die in ihrer infantilen Phase viel von Gewaltlosigkeit redeten, halten angesichts des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien den rechten Zeitpunkt zum Handeln für gekommen. Ihr Vorstandsmitglied Lippelt erklärte:

"Wir brauchen ein internationales Gewaltmonopol, etwa beim Uno-Sicherheitsrat. Dann kann man eingreifen" (Spiegel 35/1992).

Womit sich die Pläne von Lippelt und Kinkel nahtlos aneinanderfügen.

Staatstragend erst recht die SPD: Schon bevor die SPD-Führung mit den "Petersberger Beschlüssen" einer deutschen Beteiligung an UNO-Militäraktionen zustimmte, plädierten in die Jahre gekommene Falken wie der SPD Abgeordnete von Bülow für die Bombardierung Serbiens (s. taz, 08.08.92). Der SPD-Verteidigungsexperte Niggemeier erklärte, Deutschland dürfe sich

"im Hinblick auf seine politische, ökonomische und auch militärische Potenz weder mit San Marino noch den Fidschiinseln vergleichen" (Tsp, 19.07.92).

Solche Kommentare, die man eher von den Republikanern erwarten würde, waren Wasser auf die Mühlen der schwarz-liberalen Koalition. Es blieb den Jusos vorbehalten, darin einen "Ausverkauf der bisherigen SPD-Politik" (taz, 25.08.92) zu entdecken, obwohl die von der SPD in den 70er Jahren forcierte Aufrüstung der Bundeswehr beweist, daß es sich beim letzten Sonderparteitagbeschuß keinesfalls um einen Ausverkauf, sondern um die konsequente Fortführung der bisherigen SPD-Politik handelt.

#### Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

<b>Berlin:</b>	M. Martin, Postfach 210 254 W-1000 Berlin 21
<b>Hamburg:</b>	PLK 079 731 W-2000 Hamburg 203
<b>Bay Area:</b>	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
<b>New York:</b>	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
<b>Toronto:</b>	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Stn. Toronto, Kanada
<b>Wellington:</b>	Permanent Revolution Group PO Box 7076 Wellington South, Neuseeland

Und die Gewerkschaften? Steinkühler gab sein Ja-Wort zu den SPD-Beschlüssen, als ersagte "man müsse über die 'Legitimität des Einsatzes militärischer Gewalt' diskutieren dürfen" und sich gegen die "uniforme Gesinnung" in der Friedenspolitik aussprach (FAZ, 22.09.92). Auch der DGB-Vorsitzende Meyer sprach sich früh für eine militärische Intervention unter deutscher Beteiligung aus. Die Delegierten der IG Medien stimmten daraufhin folgerichtig für seinen Rücktritt; jedoch ohne Konsequenzen: Der IG Medien-Vorsitzende Hentschel machte sich im Namen des "Gewerkschafts-Pluralismus" für seinen Kollegen Meyer stark und ... wurde im Amt bestätigt! Zweifellos gibt es Gewerkschaftsstimmen, die die Kanonenboot-Politik des deutschen Imperialismus ablehnen, doch es mangelt an einer Alternative. Beispielhaft hierfür ist ein Artikel aus metall, in dem der Verfasser die Außenpolitik der Regierung als Ablenkungsmanöver von den innenpolitischen Problemen schildert, um zu schließen:

"Das politische Muster ist nicht neu: Außenpolitisch erzeugter Druck lenkt ab. Hoffen wir, daß die Opposition nicht in diese Falle läuft" (metall, 24.07.92).

Die Entwicklung zeigt, daß sich allein mit Hoffnung nichts ausrichten läßt - schon gar nicht, wenn der "Hoffnungsträger" Sozialdemokratie heißt. Statt falschem Vertrauen in die SPD, muß jetzt die Lehre gezogen werden:

### Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Bereits im II. Weltkrieg war der Balkan ein zentrales Element des deutschen "Europa-Konzepts" und wie damals das faschistische Ustascha-Regime findet heute Tudjman die Unterstützung deutscher Söldner aus dem Nazi-Spektrum. Die Bonner Interessen stehen zu denen der Lohnabhängigen in unversöhnlichem Widerspruch: Der imperialistische "Frieden" wird, wie man in allen derart "befriedeten" Regionen sehen kann, statt zum gleichberechtigten Zusammenleben der Völker zum Ausnahmezustand in Permanenz führen.

Verschiedene linke Stömungen innerhalb und außerhalb von PDS und SPD setzen auf die Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien, ohne deren heterogenen Charakter zu berücksichtigen: Das politische Spektrum dort scheint von bürgerlichen Demokraten bis zu rechtsextremen Nationalisten und Monarchisten zu reichen, die mit dem Friedenswillen der Massen Schindluder treiben.

Ohne revolutionäre Orientierung ist ein Ausweg aus der Katastrophe nicht zu erreichen. Im ehemaligen Jugoslawien heißt das, dafür zu arbeiten, den völkermörderischen Bürgerkrieg verschiedener Nationalitäten durch einen Kampf der Arbeiter gegen die jeweils eigene Regierung zu ersetzen. Nur so kann der Krieg auf dem Balkan beendet werden, ohne daß die Arbeiter und Bauern auf allen Seiten zu Verlierern werden. Die Arbeiterklasse in Deutschland muß ihren Teil dazu beitragen, indem sie jede Einmischung der deutschen Imperialisten auf dem Balkan als einen Angriff auf ihre Klassenbrüder begreift und mit Vehemenz zurückschlägt:

*Für Blockaden und Streikaktionen gegen den deutschen Nachschub! Kampf dem deutschen Imperialismus!*